

## STATIONÄRER AUFENTHALT EINER MINDERJÄHRIGEN NACH KOMATRINKEN

### - KOSTENTRAGUNG DURCH KRANKENKASSA?

Ausgabe I/06



Mag. Gerald Leitgeb  
Rechtsanwalt

In der Entscheidung vom 27.1.2009 (10 Obs99/08v) hatte sich der OGH mit der Frage der Abgrenzung zwischen Anstaltspflege und Asylierung (darunter versteht man Spitalsaufenthalte, in denen keine Krankenbehandlung, sondern nur mehr "Pflege" durchgeführt wird) bei Alkoholvergiftung zu beschäftigen.

Der gegenständlichen Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

In der Nacht vom 17. zum 18.3.2007 konsumierte die 17 jährige Verena alkoholische Getränke und wurde, nachdem sie erbrochen hatte, mit der Rettung gegen 02:30 Uhr ins Wilhelminenspital eingeliefert. Als Vorsichtsmaßnahme wurde im Spital eine Blutabnahme "zwecks diagnostischer Einschätzung hinsichtlich der Promille" durchgeführt, weil die Ärzte zu diesem Zeitpunkt nicht wissen konnten, was die Minderjährige alles eingenommen hatte, das nachträglich zu einem kritischen behandlungsbedürftigen Zustand hätte führen können (wie zum Beispiel Opiate oder Ähnliches). Der Blutbefund ergab, dass bei Verena nur ein alkoholisierter Zustand "mäßigen Grades" (1,5 Promille) vorlag, sodass sie lediglich zur Ausnüchterung bis etwa 9:00 Uhr des 18.3.2007 im Spital bleiben musste. Zur Beschleunigung der Ausnüchterung wurde der Minderjährigen als bloßer Flüssigkeitsersatz lediglich eine Infusion (Ringerlösung) verabreicht.

Nach diesem Vorfall stellte Verena's Vater bei der Wiener Gebietskrankenkasse den Antrag auf Gewährung von Anstaltspflege, welcher von der Wiener Gebietskrankenkasse mit Bescheid vom 22.06.2007 abgelehnt wurde. Dagegen erhob der Vater der minderjährigen Verena Klage, in der er unter anderem die Kosten der Anstaltspflege vom 18.3.2007 begehrte.

Sowohl das Erstgericht als auch das Berufungsgericht haben das Begehren von Verenas Vater abgewiesen.

Der Oberste Gerichtshof (OGH) jedoch hob die Entscheidungen der Vorinstanzen auf und führte dazu aus, dass bis zur Klärung des Krankheitsverdachtes der Anspruch auf Krankenbehandlung bzw. Anstaltspflege bestanden hat. Da sich durch die Untersuchungen jedoch herausstellte, dass lediglich eine Alkoholisierung der Minderjährigen vorlag, die allein der Ausnüchterung bedurfte, ist der Anspruch auf Krankenbehandlung bzw. Anstaltspflege erloschen und der Versicherte hat die nach Abschluss der Diagnose anfallenden Kosten der

***§ 144 Abs. 3 ASVG: Ist die Anstaltspflege oder die medizinische Hauskrankenpflege nicht durch die Notwendigkeit ärztlicher Behandlung bedingt, so wird sie nicht gewährt!***

---

RECHTSANWALTSKANZLEI MAG. LEITGEB

8152 STALLHOFEN 113

T: 03142 22098 | F: 03142 22098-30

office@ra-leitgeb.at | www.ra-leitgeb.at

## RECHT MUSS RECHT BLEIBEN

Anstaltspflege für seine Tochter Verena selbst zu tragen.

Zusammengefasst bedeutet dies nun, dass die Laborkosten für die Diagnose und allenfalls auch die Kosten des Rettungseinsatzes die Sozialversicherung zu tragen hat. Ab dem Zeitpunkt, ab dem klar war, dass die minderjährige Verena nichts anderes als alkoholisiert war, ohne Zeichen einer vitalen Gefährdung, hat aber ihr Vater für die Kosten der Anstaltspflege aufzukommen. Infusionen zur Linderung eines Rauschzustandes sind nicht als Krankenbehandlung anzusehen.

Ein Fall der Anstaltspflege und somit eine Kostentragung durch den Krankenversicherer würde nur im Fall einer schweren Alkoholvergiftung mit Gefahr einer toxisch bedingten Ateminsuffizienz vorliegen.

## DIE PATIENTENVERFÜGUNG

---

RECHTSANWALTSKANZLEI MAG. LEITGEB

8152 STALLHOFEN 113

T: 03142 22098 | F: 03142 22098-30

[office@ra-leitgeb.at](mailto:office@ra-leitgeb.at) | [www.ra-leitgeb.at](http://www.ra-leitgeb.at)